

# **Antrag an das Studierendenparlament**

**Antragstellende: SDS TU Darmstadt, Jusos TU Darmstadt**

**Das Studierendenparlament möge folgenden Beschluss fassen:**

Das Studierendenparlament verurteilt die Universitätsverwaltung, in Lage gebracht worden zu sein, nicht jeder politischen Liste im Studierendenparlament einen Raum zur Verfügung stellen zu können. Außerdem kritisiert das Studierendenparlament die Universität dafür, sich durch die umstellung der Vergabe aus dieser Verantwortung zu ziehen.

Das Studierendenparlament ruft den AstA dazu auf, sich bei der Universitätsverwaltung für zusätzliche Räumlichkeiten einzusetzen, um allen im Studierendenparlament Vertretenen Listen einen Raum zur Verfügung stellen zu können.

Für den Fall, dass mehr Listen einen Raum beanspruchen wollen, als die Universität gerade zur Verfügung stellt, wird folgende Regelung genutzt:

Solange eine politische Liste im Studierendenparlament vertreten ist und einen Raum beansprucht, behält sie das Recht an ihrem Raum. Sollte sich eine Liste dazu entscheiden ihren Raum abzugeben oder ist in einer Legislatur nicht im Studierendenparlament vertreten, geht das Recht des Raumes an die Liste mit den meisten Sitzen im Studierendenparlament, die noch keinen Raum beansprucht. Bei Stimmgleichheit und dem vergeblichen Versuch einer Einigung entscheidet das Los. Eine politische Liste hat selbstverständlich das Recht, auf einen Raum zu verzichten.

Außerdem wird das Präsidium des Studierendenparlaments dazu aufgerufen, einen entsprechenden Antrag vorzubereiten, um diese Regelung in den Amtsblättern der Studierendenschaft zu verankern. Dieser soll dann in den nächsten Sitzungen eingebracht werden.

## **Begründung:**

Für die politische Arbeit der Listen im und um das Studierendenparlament stellt die Universitätsverwaltung dem Studierendenparlament aktuell fünf Räume im Universitätsgelände zur Verfügung. Diese wurden initial verteilt an die im Studierendenparlament vertretenden Listen. Für die politische Arbeit in der Universität sind Räumlichkeiten unumgänglich. Listen, die keinen Zugang zu geschützten Räumen haben, sind klar benachteiligt. Genauso wichtig ist jedoch die Kontinuität in der Listenarbeit, weswegen eine reine Vergabe nach Sitzverteilung falsch wäre, da so die politische Arbeit während der Wahl in den Hintergrund gerät. Statt auf politische Listen mit Gruppenraum zu schießen und so ein Konkurrenzgedanken zu stärken sollte die Energie eher gesammelt an der Universitätsleitung entladen werden, die sich mit der Neuregelung der Vergabe versucht aus der Verantwortung zu ziehen und versucht, studentische Räume in der Universität zu minimieren.